



Trumps großes Gesetz: Rückschritt für den Klimaschutz, Schub für fossile Brennstoffe

Mit ihrem massiven Gesetzespaket stellen die Republikaner unter Donald Trump zentrale Weichen der US-Energiepolitik neu. Profiteure sind Öl, Gas und Kohle – während Wind, Solar und Elektromobilität an Unterstützung verlieren.

Nach intensiven parteipolitischen Auseinandersetzungen hat der US-Kongress in Form des „one, big beautiful bill act“ ein umfangreiches finanz- und energiepolitisches Gesetz verabschiedet, das Präsident Donald Trump heute unterzeichnen wird. Es markiert einen Paradigmenwechsel: Steueranreize für erneuerbare Energien und Elektromobilität werden weitgehend gestrichen, während fossile Energieträger steuerlich gestärkt und regulatorisch entlastet werden.

Das Gesetz spiegelt Trumps energiepolitische Grundhaltung wider: Er sieht Windräder und Solaranlagen als ineffizient und ästhetisch störend an, während er Öl, Gas und Kohle für Amerikas wirtschaftliche Stärke und geopolitische Unabhängigkeit unerlässlich hält.

Massive Kürzungen für Wind- und Solarenergie

Und die Folgen für Wind- und Solarenergie sind gravierend. Bisher konnten Projektentwickler Steuergutschriften von bis zu 30 Prozent der Investitionskosten beanspruchen, wenn der Bau bis spätestens 2034 begann. Künftig müssen Projekte bereits bis Juli 2026 gestartet sein, um von maximaler Förderung zu profitieren. Danach sinkt die Unterstützung rapide.

Branchenanalysten erwarten, dass sich der Zubau von Wind- und Solarleistung bis 2035 halbiert könnte. Besonders betroffen sind ländliche Regionen im Mittleren Westen und Süden der USA, die bislang stark von Solar- und Windparks profitierten. Dennoch dürfte der Ausbau nicht völlig zum Erliegen kommen, da erneuerbare Energien in wind- und sonnenreichen Gegenden weiterhin die kostengünstigste Option zur Deckung des wachsenden Strombedarfs bleiben.

„Wir werden weiterhin erneuerbare Energien ausbauen, aber deutlich langsamer. Das wird die Verbraucherpreise erhöhen“, warnt David Carroll, Chef für Erneuerbare bei ENGIE Nordamerika.

Atomkraft, Geothermie und Batterien bleiben gefördert

Während Wind und Solar an Unterstützung verlieren, bleiben Steuergutschriften für andere CO₂-freie Technologien wie Kernkraft, Geothermie, Wasserkraft und Batteriespeicher bis 2036 bestehen. Neue Kernreaktoren könnten langfristig helfen, die Emissionen zu senken, doch



hohe Kosten und langwierige Genehmigungsverfahren bremsen bislang den Ausbau.

Auch Batteriespeicher, die insbesondere in Texas und Kalifornien Wind- und Solarparks ergänzen, bleiben förderfähig. Allerdings könnten komplexe Lieferkettenregeln, die Importe aus China ausschließen, die praktische Nutzung der Steueranreize erheblich erschweren.

Ein schwerer Schlag für Elektroautos

Die Kaufprämien für Elektroautos – bislang bis zu 7.500 Dollar pro Fahrzeug – laufen nun bereits Ende September 2025 aus, sieben Jahre früher als bisher vorgesehen. Leasing-Modelle, über die viele Kunden indirekt von Steuervergünstigungen profitierten, sind künftig ebenfalls nicht mehr förderfähig.

Die Folgen dürften erheblich sein: Laut Analysen der Rhodium Group könnte der Absatz von Elektroautos in den USA über die nächsten zehn Jahre um mehrere zehn Millionen Fahrzeuge unter den bisherigen Prognosen bleiben. Damit droht den Vereinigten Staaten ein Wettbewerbsnachteil gegenüber China und der EU, wo Elektromobilität strategisch massiv gefördert wird.

Ford-Chef Jim Farley warnte unlängst: „Wir stehen in einem globalen Wettbewerb mit China. Wenn wir hier verlieren, haben wir bei Ford keine Zukunft.“

Förderung für Biokraftstoffe und Wasserstoff

In klassischen Agrarstaaten wie Iowa und Nebraska löst das Gesetz hingegen Erleichterung aus: Die Steueranreize für Biokraftstoffe wie Ethanol werden bis Ende 2029 verlängert. Kritiker bemängeln jedoch, dass insbesondere Maisethanol kaum zur CO₂-Reduktion beiträgt und dennoch hohe Subventionen erhält.

Auch die Wasserstoffbranche kann einen Teilerfolg verbuchen. Ein bislang bedrohter Steueranreiz wurde bis Ende 2027 verlängert, wenngleich die massive Kürzung gegenüber der Biden-Ära die Investitionssicherheit beeinträchtigt. Zudem macht der Wegfall der Wind- und Solarunterstützung „grünen Wasserstoff“ teurer, da er auf günstigen Ökostrom angewiesen ist.

Rückschlag für US-Industrieproduktion

Ein zentraler Pfeiler der „Inflation Reduction Act“-Politik von Präsident Biden war die



Trumps großes Gesetz: Rückschritt für den Klimaschutz, Schub für fossile Brennstoffe

Förderung heimischer Produktion von Solarmodulen, Batterien und E-Autos. Mit den abrupt gestrichenen Steueranreizen drohen nun Projekte ins Wanken zu geraten oder den Preisvorteil gegenüber Importen zu verlieren. Hersteller warnen vor einer Schwemme chinesischer Solarprodukte und einem Einbruch der geplanten Investitionen in den industriellen Südosten und Mittleren Westen der USA.

Gewinner: Öl, Gas und Kohle

Die größte Profiteurin des Gesetzes ist die fossile Energiewirtschaft. Vorgesehen sind:

- Verpflichtende Öl- und Gasleasingverkäufe in Alaska, im Golf von Mexiko und im Westen der USA.
- Gesenkte Lizenzgebühren für Kohleabbau auf Bundesland.
- Neue Steuervergünstigungen für Explorations- und Entwicklungskosten von Öl- und Gasproduzenten.
- Eine zehnjährige Verzögerung der Methanabgabe für Leckagen aus Förderanlagen.
- Ein 2,5-prozentiger Steuernachlass für metallurgische Kohle, die für Stahlwerke bestimmt ist.

Der Verband der US-Öl- und Gasunternehmen, API, bezeichnete das Gesetz als „historisch“ und als Grundlage für eine „neue Ära amerikanischer Energiedominanz“.

Während Klimaforscher vor zunehmenden Extremwetterereignissen, Dürren und Überschwemmungen infolge der Erderwärmung warnen, setzt die republikanische Mehrheit im Kongress mit dem Gesetzespaket klar auf die Fortsetzung des fossilen Zeitalters – mit globalen Folgen für Klimaziele und technologische Wettbewerbsfähigkeit.

Autor: Andreas M. Brucker

Quellen: The New York Times (Juli 2025), Rhodium Group (2025), American Petroleum Institute (2025), ENGIE North America (2025), US Treasury Department (2025)